

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:05 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Monika Hoffmann

ANWESENDE:

SPD

Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsfrau Regina Meinen
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Beigeordneter Johann Südhoff
Ratsherr Johann Wessels

CDU

Ratsherr Ihno Groeneveld für Ratsherrn Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann
Ratsherr Hinrich Odinga (bis 18:55 Uhr) für Beigeordneten Heinz Werner Janßen

FDP

Ratsherr Heino Ammersken (bis 18:50 Uhr)
Ratsherr Holger Klaassen für Beigeordneten Erich Bolinius
Ratsherr Roland Riese (bis 18:45 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Martin Lutz
Stadtbaurat Andreas Docter (bis 18:50 Uhr)
Stadtoberamtsrat Dieter Mansholt, 103
Stadtoberamtsrat Dieter Denkmann, FB 200
Stadtamtsrat Wilhelm Büüsker, FD 210
Stadtangestellter Dietmar Grabowski, FD 212
Stadtamtsrätin Beate Stomberg, FD 220
Stadtamtsrat Johann Kruse, FD 221
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

Herr Remmer Edzards, Stadtwerke Emden GmbH
Herr Hans-Joachim Iken, EWE Oldenburg
2 Vertreter der örtlichen Presse und 2 Zuschauer

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Hoffmann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hoffmann bittet darum, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen, um den vortragenden Gästen ein früheres Gehen zu ermöglichen.

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 12.10.2005

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 12.10.2005 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1876-00
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden gemeinsam beraten.

Herr Lutz erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Rahmenbedingungen des Haushalts 2006 der Stadt Emden. Diese Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Abschließend weist Herr Lutz darauf hin, bezüglich des Verfahrens habe man sich dahingehend verständigt, in den Fachausschüssen Ausführungen, die den Gesamthaushalt betreffen, nicht mehr zu machen. Aus diesem Grunde bitte er die einzelnen Bereiche um eine kurze Darstellung ihres Haushaltsteils. In den Einzeldiskussionen müsse man sich Gedanken machen, was man ändern wolle und könne. Heute werde Herr Mansholt für den Bereich Gleichstellungsbeauftragte, Vorstandsbüro und Juristischer Dienst und Herrn Denkmann für die Fachdienste aus dem Fachbereich Interne Dienste vortragen.

Frau Hoffmann bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Jahnke erkundigt sich, wie die weitere Entwicklung bezüglich der Gewerbesteuer gesehen werde. Seines Erachtens könne der Haushalt nur ausgeglichen werden, wenn die Gewerbesteuererinnahmen nachhaltig wieder steigen würden. Er wundere sich darüber, dass der Verwaltungsvorstand in der Gesamtprognose sage, man sei guten Mutes, spätestens ab dem Jahre 2007 den Ausgleich hinzubekommen und darüber hinaus Schulden abzubauen. Außerdem interessiere ihn, ob es bereits eine aktuelle Prognose für das Krankenhaus gäbe.

Herr Lutz führt aus, in der Haushaltskonsolidierungsgruppe habe man eine Prognose über die Entwicklung der nächsten Jahre gemacht. Demnach würde im Jahre 2007 das Defizit aus dem Jahr 2005 ausgewiesen werden. Dieses sei eine ganz klare Zielstellung, die sich aus den Gesprächen mit den Steuerzahlern ergeben hätten. Man gehe davon aus, dass sich diese Kalkulation in etwa bewahrheiten werde und dass im Jahre 2006 der Tiefpunkt erreicht worden sei.

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

Hinsichtlich des Krankenhauses lägen ihm noch keine kompletten Zahlen vor. Es sehe jedoch so aus, als ob man mit dem Anschlag 2006 hinkommen könne und in etwa das Ergebnis erreiche.

Herr Ammersken bemerkt, nach seiner Kenntnis sei momentan vor dem Bundesverfassungsgericht ein Verfahren anhängig, was die Grundsteuern in Zweifel ziehe. Diesem Verfahren würden nicht unbedingt schlechte Aussichten zugestanden. Er erkundigt sich, ob Erfahrungswerte vorlägen, wie die Finanzbehörden im Hinblick auf eine Stundung umgehen würden und ob ggf. dieses für die Stadt Emden ein Problem darstelle.

Herr Lutz antwortet, er habe sich bereits mit dem Städtetag und den übrigen Finanzbehörden besprochen, demnach seien Stundungsanträge derzeit nicht angemessen. Auch nicht unter dem Hinweis, dass die Steuer dann später neu zu berechnen sei. Auch sehe es so aus, als ob die Begründung dieser Klage nicht unbedingt gegeben sei.

Herr Renken fragt an, warum davon ausgegangen werde, dass die an die Stadt abgeführten Konzessionsabgaben an die Stadtwerke um 700.000 € sinken würden. Weiter erkundigt er sich, wie die Differenz in Bezug auf die Haushaltsstelle „Zuschuss für die Entsorgung von Windelsäcken“ zwischen dem Ergebnis 2004 und der Veranschlagung 2006 zustande käme.

Herr Lutz erklärt, Anfang 2005 habe es noch erhebliche Befürchtungen gegeben, dass die Konzessionsbeiträge komplett wegfallen würden. Dieses sei in der Diskussion gewesen beim Gesetzgeber. Durch die Neuregelung der Energieversorgungsbestimmungen sei die Trennung zwischen Verkäufer der Energie und dem Netzbetrieb zwingend vorgeschrieben (Unbundling). Damit sei der Schuldner der Konzessionsabgabe ggf. ein anderer. Auch habe sich die Berechnungsgrundlage geändert. Daher sei die Konzessionsabgabe deutlich niedriger als im Ergebnis 2004 eingeschätzt worden. Ziel des Gesetzgebers sei eigentlich, dass man am Ende die kommunalen Stadtwerke als Unternehmen am Markt ausschalte.

Frau Stomberg bestätigt, dass das Ergebnis 2004 bezüglich der Windelsäcke korrekt sei. Der BEE rechne jährlich die entstandenen Kosten mit der Stadt ab, nachdem Probewiegungen vorgenommen worden seien, die dann auf den Jahresaufwand hochgerechnet würden. Der niedrige Ansatz sei auch vor dem Hintergrund der Diskussion in der Haushaltskonsolidierungsgruppe entstanden.

Herr Mansholt erklärt, der Ausschuss für Finanzen und innere Organisation sei neben den gesamtstädtischen Aufgaben letzten Endes auch für die Aufgabenbereiche der Stabsstellen und des Fachbereichs 200 zuständig. Zu den Stabsstellen gehörten die Gleichstellungsbeauftragte, das Vorstandsbüro, der Juristische Dienst und im Grunde nach auch das Rechnungsprüfungsamt. Das RPA habe jedoch einen eigenen Ausschuss und aufgrund von Rechtsgrundlagen würde sich die besondere Zuständigkeit ergeben. Auf Seite 9 des Budgetbuches könne man den zusammenfassenden Informationen entnehmen, dass im Bereich des Vorstandsbüros als Besonderheit zu verzeichnen sei, dass in diesem Jahr tatsächlich die Stelle des aktiven Ideen- und Beschwerdemanagements eingerichtet werde. Budgetmäßig wirke sich das insofern aus, da es eine zusätzliche Aufgabe sei, die mit einer eigenständigen Person besetzt werde. Damit sei dieses auch der ziemlich einzige Bereich der Stadtverwaltung, wo es zu keiner personellen Einsparung kommen werde. Im Bereich der Gleichstellungsbeauftragten seien die Schwerpunkte für dieses Jahr dargestellt. Das seien im Wesentlichen die Projekte „Förderung der beruflichen und betrieblichen Bildung von Frauen“, „Audit für Familie und Beruf“ und das „Mentorringprogramm zur politischen Nachwuchsförderung“.

Herr Mansholt erläutert das Ausgabebudget der einzelnen Stabsstellen und stellt fest, dass es sich hier jeweils um klassische Büroeinrichtungen handle, deren Kostenstruktur sich aus Personalkosten, Sachkosten, Raumkosten und interne Verrechnungen für Kassenleistungen

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

und Lohnabrechnungen zusammensetze. Auf der Einnahmenseite hätten die Gleichstellungsbeauftragte und das Vorstandsbüro keine nennenswerten Einnahmen, da es intern wirkende Stabsstellen seien. Dieses stelle sich beim Juristischen Dienst geringfügig anders dar, da er eine Doppelfunktion habe. Er übernehme die Rechtsberatung im Hause und nach außen hin. Insofern sei dieses als eine zu bezahlende Serviceleistung anzusehen.

Bei der Gleichstellungsbeauftragten sei es so, dass die Aufgaben tatsächlich auch nur in einem Produkt gekennzeichnet seien. Im Bereich des Vorstandsbüros seien die Aufgaben verschiedenen Produkten zugeordnet. Herr Mansholt geht anschließend auf diese Produkte im einzelnen ein. Abschließend stellt er fest, bei diesen Stabsstellen handele es sich um kleine Einrichtungen, die aber gesamtstädtisch wirken würden.

Herr Denkmann erläutert, zum Bereich 200 gehörten die Fachdienste Verwaltungsdienste, Personal, Informations- und Kommunikationstechnik, Finanzen und Abgaben sowie die Stadtkasse. In diesem Bereich würden in erster Linie die Dienstleistungen für die übrigen Organisationseinheiten der Verwaltung erbracht.

Gegenüber dem Jahr 2005 sei eine Steigerung von knapp 200.000 € im Einnahme- und Ausgabebereich auf 6 Mio. € Ausgaben zu verzeichnen. Die Personalkosten seien leicht gestiegen, dieses hänge damit zusammen, dass die tarifliche Steigerung von 30.000 € jährlich bereits im Rahmen der Tarifverhandlungen 2005 festgelegt sei. Da Besitzstandswahrung vereinbart worden sei, bringe der neue TVöD keine Einsparung. Im Bereich der Sachkosten sei eine Steigerung erfolgt, die sich aufgrund der Kommunalwahlen in diesem Jahr ergebe. Ansonsten hätten sich die Zahlen gegenüber dem Jahr 2005 nicht wesentlich verändert.

Herr Lutz weist darauf hin, dass ein Haushaltskonsolidierungskonzept dem Haushalt noch beigefügt werden müsse, welches dann mit den Fraktionen diskutiert werden könne. Er bitte darum, auch Anregungen aus den jeweiligen Ausschüssen dort aufzunehmen.

Herr Ammersken beantragt, die beiden Beschlussvorlagen in die Fraktionen zu verweisen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/1876-00 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2006.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

Punkt : 6 Vorlage 14/1877-00
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2009

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des im Budgetbuch 2006 enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2009.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 7 Vorlage 14/2031-00
Einrichtung eines aktiven Ideen- und Beschwerdemanagements;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2006

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

Herr Renken erklärt, bereits seit 2002 diskutiere man über die Einrichtung dieser Stelle. Er habe auch schon verschiedentlich seine Unzufriedenheit darüber geäußert, dass dieses so viel Zeit in Anspruch nehme. Andere Kommunen verfügten bereits über ein aktives Ideen- und Beschwerdemanagement und hätten gute Erfahrungen damit gemacht. Seiner Fraktion wolle nunmehr Klarheit, was wirklich jetzt passiere. Seines Erachtens hätte die Einrichtung dieser Stelle bereits umgesetzt werden können. Er bedauert es, dass dieses bisher nicht möglich gewesen sei.

Herr Mansholt entgegnet, wenn es der Stadt Emden finanziell besser gehen würde, hätte man bereits jetzt ein aktives Ideen- und Beschwerdemanagement. Vor dem Hintergrund des defizitären Haushalts habe der Verwaltungsvorstand im letzten Jahr eine allgemeine Wiederbesetzungssperre für sechs Monate beschlossen. Aus Gründen der Haushaltsrason sei zunächst auf die Stellenbesetzung verzichtet und für ein halbes Jahr hinausgezögert worden. Mittlerweile habe das Stellenbesetzungsverfahren stattgefunden und die ausgesuchte Kollegin werde in Kürze ihre Arbeit aufnehmen. Es sei geplant, die erarbeiteten Konzepte noch etwas zu verfeinern und dann den Ratsmitgliedern und der Öffentlichkeit im Ausschuss für Finanzen und innere Organisation vorzustellen. Man habe sich auch bezüglich der technischen Möglichkeiten erkundigt und arbeite mit Hochdruck an den Vorbereitungen. Das Motto des aktiven Ideen- und Beschwerdemanagement heiße auch „Fishing for Beschwerden“. Nur dadurch könne die Stadt Emden besser werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 Vorlage 14/2033-00
Erläuterungen der Energiepreiserhöhungen;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.10.2005

Herr Lutz bemerkt, die Stadtwerke Emden GmbH als ein Unternehmen der Stadt Emden sei gerne der Bitte des Ausschusses gefolgt. Besonders bedanken möchte er sich aber bei Herrn Iken von der EWE. Es sei ein großes Entgegenkommen, dass er an der heutigen Sitzung teilnehme.

Herr Edzards erklärt, die Gaspreisentwicklung der letzten zwei Jahre habe zu einer großen Unruhe in der Bevölkerung geführt. Er wolle heute versuchen, auf die Fragen zu antworten. Doch er selbst wisse auch keine Antwort auf den galoppierenden Anstieg der Gaspreise, denn diese seien mehr oder weniger weltmarktorientiert. Der Energiebedarf habe sich in einen Energiehunger gewandelt und dieser habe ganz maßgeblich auch zu den gestiegenen Öl- und Gaspreisen geführt. Anschließend erläutert Herr Edzards die Rolle der Stadtwerke Emden GmbH in Bezug auf die Gaspreisentwicklung und Gaspreisfindung.

Herr Iken erklärt anhand eines Folienvortrages den Anstieg der Ölpreise und die Ölpreisbindung.

Frau Hoffmann bedankt sich für die Vorträge und bittet um Wortmeldungen.

Herr Riese bedankt sich als Antragssteller für das Kommen und die inhaltsreichen Vorträge der beiden Herren. Er erkundigt sich bei Herrn Iken, was die EWE unternehme, um konsequent die Preise für ihre Kunden niedrig zu halten. Weiterhin halte er die Ölpreisbindung nicht für gerechtfertigt, da man als Kunde an einen Vertrag gebunden sei und nicht, wenn der Ölpreis plötzlich falle, auf eine Ölheizung umschalten könne. Sie diene seines Erachtens nur demjenigen, der die Gewinne erziele.

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

Herr Edzards führt aus, wenn jetzt in dem Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine die Gaspreiskopplung nicht gewesen wäre, dann wären die Gaspreise nach oben gestoßen. Dieses sei aber wegen der Ölpreisbindung nicht passiert.

Herr Iken nimmt Stellung zur Ölpreisbindung. Er halte es für sinnvoll, diese aneinander zu koppeln und erinnert daran, dass rund 50.000 Kunden sich jährlich für eine Gasheizung entscheiden würden.

Herr Renken erklärt, es sei nicht zu bestreiten, dass hier im bundesweiten Vergleich die günstigen Gaspreise zu verzeichnen seien. Jedoch könne man die hiesigen Anbieter nicht mit den Gas- und Ölproduzenten, die oft unter einem Dach arbeiten würden, vergleichen. Auch könne er die These von Herrn Edzards nicht nachvollziehen, dass der Gaspreis höher liege als der Ölpreis, denn es seien mehr Reserven an Gas vorhanden. Von daher könne man zumindest die Behauptung aufstellen, Gas müsste günstiger als Öl sein.

Weiter erkundigt er sich, wie sich die Stadtwerke und die EWE nach den Neuregelungen, die jetzt aufgrund des massiven politischen Drucks des Bundeskartellamtes anstehen würden, zukünftig positionieren würden.

Herr Iken entgegnet, die EWE habe kein Preisdiktat auf die Stadtwerke Emden ausgeübt in Form eines langfristigen Liefervertrages. Sie habe schon immer wechseln können, dazu bräuchte man das Bundeskartellamt und die Netzregulierung nicht. Anschließend geht Herr Iken auf die Nutzungsentgelte ein.

Herr Edzards weist darauf hin, der Anstieg des Gaspreises in den letzten zwei Jahren habe zu dieser großen Unruhe geführt. Keiner könnte es so recht einsehen, wieso gerade die Produzenten die großen Fördergewinne einstecken würden und der kleine Bürger müsse es bezahlen. Dass sich die Bevölkerung dagegen wehre, könne er gut nachvollziehen. Doch er wisse nicht, wo man ansetzen solle, denn dieses Marktsystem sei 1998 bei Beginn der Liberalisierung der Energiemärkte gewollt gewesen. Nun sei es soweit, dass über die Börse die Preise gebildet würden. Es sei bedauerlich, dass die Bürger dieses tragen müssten. So würden alle aus Kostengründen dazu gezwungen, Energie zu sparen.

Herr Groeneveld bemerkt, Biodiesel werde aus Raps produziert. Der Rapspreis sei in den letzten Jahren aber völlig gleichgeblieben. Hier hätten aufgrund der Monopolstellung nur die großen Konzerne daran verdient.

Weiter regt Herr Groeneveld an, jeder müsse nach Möglichkeiten suchen, um den Gas- und Heizölverbrauch zu minimieren. Er fragt an, ob es durch den Verbrauch an Biogas und ähnlichen Energiequellen möglich sein könne, die Öl- und Gasproduzenten in die Enge zu treiben.

Herr Iken entgegnet, es könne durchaus sein, dass sich dieses Verhältnis umdrehe. Auch verschiebe sich der Zeitraum der Endlichkeit der Ressourcen von Jahr zu Jahr, da immer wieder neue Techniken entwickelt würden. Doch jeder müsse an dem Punkt ansetzen und Energie sparen. Die EWE sei der Meinung, dass Erdgas irgendwann einmal durch Wasserstoff ersetzt werde. Diese sei die einzige Energie, die in ausreichender Form zur Verfügung stünde. Die EWE beteilige sich mit einem Windpark nördlich von Emden an einem Projekt, bei dem aus Windstrom Wasserstrom gemacht werde, um Strom zu speichern. Außerdem würden Erdgastankstellen aufgebaut werden, um die Infrastruktur zu testen und langfristig auf Wasserstoff umsteigen zu können. Alle Energien, die sinnvoll ergänzend eingesetzt würden, sorgten dafür, dass die Lebensdauer des sich in der Erde befindenden Rohöls und Gases verlängert werde.

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

Herr Schulze stellt fest, wenn Energie immer teurer werde, könnten es sich nur noch jemand leisten, der das Geld dazu habe. Das nenne man Kapitalismus. Beim Kommunismus sei nichts zu haben gewesen, da es nicht angeboten worden und kein Geld vorhanden gewesen sei. Beide Formen seien eigentlich nicht gut.

Er wundere sich, warum die Energieversorger in Deutschland erst per Gericht dazu gezwungen werden mussten, ihre Kalkulation offenzulegen. Auch seien vom Bundeskartellamt 40 Verstöße von den Energieversorgern festgestellt worden. Diese hätten sich nicht richtig verhalten oder ihre Preise überteuert. Erst danach seien sie bereit gewesen, ihren Kunden die Möglichkeit zu geben, einen günstigen Anbieter zu wählen und somit den Gasmarkt zu liberalisieren. Weiter frage er sich, woher die Gewinne der Stadtwerke kämen. Diese könnten sicherlich nicht vom Busverkehr oder vom Parkhaus kommen.

Herr Edzards entgegnet, man spreche hier von der Marktwirtschaft. Er als Geschäftsführer habe den Auftrag vom Aufsichtsrat und auch von den Gesellschaftern, das Unternehmen vernünftig zu führen und eine bestimmte Rendite zu erwirtschaften. In diesem Fall bekomme die Stadt das Geld zurück und wofür sie es letztendlich verwende, sei Sache der Gesellschafterin. Die Stadtwerke Emden GmbH verhalte sich vernünftig, da sie sich im Markt bewege und darauf achte, dass sich die Energiepreise immer noch im untersten Bereich befinden würden.

Herr Renken bemerkt, jeder müsse eigentlich dafür sorgen, dass bei diesen Gaspreisen ein Boom bei dem Bau von thermischen Solaranlagen auf den Dächern entstehe. Es wäre sein Wunsch, dass dieses auch von den Stadtwerken weiterhin offensiv gestaltet und stärker herausgestellt werde.

Herr Edzards nimmt den Hinweis gerne auf. Er erklärt, thermische Solaranlagen würden sich innerhalb kürzester Zeit rechnen. Seiner Ansicht nach dürfe kein neues Haus ohne eine solche Anlage gebaut werden. Auch seien Photovoltaik-Anlagen im Moment sehr gefragt. Diese würde jedoch in der Anschaffung wesentlich teurer sein.

Herr Odinga bemerkt, die Gewinne der Stadtwerke Emden dürften nicht in Zweifel gezogen werden. Damit würden viele Sachen in Emden verwirklicht werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 Vorlage 14/2034-00
Zukünftige Situation im Hausmeisterbereich;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2005 -

Herr Jahnke führt aus, durch die EU-Rechtsprechung würden sich die Arbeitszeiten der Hausmeister erheblich ändern. Da er bereits von Vereinen angesprochen worden sei, fragt er nun an, wie sich dieses auswirken werde und wie der gegenwärtige Stand in dieser Angelegenheit sei.

Herr Denkmann entgegnet, die Veränderung der Arbeitszeit der Hausmeister würde sich vor allem durch den Wegfall der Überstunden auf die Vereine auswirken, sodass der Hausmeister abends nicht mehr zur Verfügung stehe. Durch den Wegfall der mit den Überstunden verbundenen pauschalen Vergütung entstünden den Hausmeistern erhebliche finanzielle Verluste. Für die Nutzung der Schulen und Turnhallen müsste somit eine andere Lösung gefunden werden. Es lägen bereits Entwürfe für die Übertragung der Schlüsselgewalt an die Vereine vor. Die Aussagen seien hierzu unterschiedlich.

Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.02.2006

Weiter erklärt er, zunächst seien die Arbeitszeitregelungen wieder ausgesetzt worden, da das Arbeitszeitgesetz bis zum 31.12.2006 verlängert worden sei. Da müsse jetzt die Entwicklung abgewartet werden. Bei der Stadt Emden sei die am 31.12.2005 auslaufende Frist aufgrund eines Beschlusses im Verwaltungsvorstand nochmals bis zum 31.07.2006 verlängert worden. Man gehe zunächst einmal davon aus, dass sich die Tarifvertragspartner in der Zwischenzeit noch einigen werden. Wenn es zu keiner einvernehmlichen Regelung komme, müsse man weitersehen.

Die Frage, ob für Einzelfälle Sonderregelungen angedacht seien, stelle sich im Moment noch nicht. Auch werde der Personalrat bei Gesprächen immer gleich beteiligt.

Herr Lutz ergänzt, für die unterschiedlichen Schulen müsse ein Konzept bis zu den Sommerferien erarbeitet und mit den Schulleitern abgestimmt werden. Dabei sei zu beachten, dass einige Schulen Nachmittagsunterricht hätten bzw. dass Ganztagschulen eingerichtet worden seien. Die Beschäftigungszeit der Hausmeister habe sich deutlich verringert. Auf der anderen Seite habe das auch finanzielle Auswirkungen. Ob Vereinen die Schlüsselgewalt übertragen werden könne, müsse im Einzelfall gelöst werden, da dieses von Schule zu Schule unterschiedlich sei und auch vom persönlichen Engagement des Hausmeisters abhängen.

Herr Jahnke berichtet von Gesprächen mit dem Stadtsportbund bezüglich der Schlüsselgewalt für die Sportvereine, die seines Erachtens kurzfristig gemeinsam mit den Fraktionen wieder aufgenommen werden müssten. Spätestens in einem halben Jahr müsse eine Lösung gefunden sein.

Herr Denkmann berichtet abschließend, der Fachdienst Schule und Sport habe vom Verwaltungsvorstand den Auftrag bekommen, bis zum 31.03.2006 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 10 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt : 11 Anfragen

Herr Schulze bezieht sich auf seine Anfrage hinsichtlich des schlechten Zustandes des Bahnübergangs Cirksestraße und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Lutz antwortet, seiner Meinung nach sei in dieser Angelegenheit ein Schreiben an die Deutsche Bahn gegangen. Eine Antwort habe es noch nicht gegeben. Sobald diese vorläge, würde im zuständigen Ausschuss darüber berichtet werden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.